

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Geogr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung, oder — auf Nachzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 4.20 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 3.70, monatlich M 1.25, durch die Post abgeholt M 4.20.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.

Postfach - Konto Leipzig 24 127. - Gemeinde - Giro - Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Die sechsmal gesaltene Beizeile (Pöschke's Zeilenmaß 14) 50 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 40 Pfg. Amtliche Zeile M 1.20, außerhalb des Bezirkes M 1.50 Reklame M 1.— Bei Wiederholung Rabatt. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25%^o Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretznig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnauendorf, Lichtenberg, Klein- = Wittmannsdorf
Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr). Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 18.

Sonnabend, den 31. Januar 1920.

72. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen befinden sich auch auf der Beilage.

Amtlicher Teil.

Berordnung.

betreffend Errichtung einer Landesstelle für Textilnotstandsversorgung.
Vom 24. Januar 1920.

§ 1. Für die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung des Freistaates Sachsen mit Kleidung und Schuhwerk wird als besondere Landesbehörde eine Landesstelle für Textilnotstandsversorgung errichtet, die ihren Sitz in Dresden hat.

Die Landesstelle ist dem Wirtschaftsministerium unterstellt, das durch einen Kommissar eine ständige Aufsicht ausübt.

Für den Dienstbetrieb der Landesstelle ist eine Geschäftsordnung aufzustellen, die der Genehmigung des Wirtschaftsministeriums bedarf.

§ 2. Der Landesstelle wird ein Beirat beigegeben, der aus 18 Mitgliedern und der gleichen Anzahl von Stellvertretern besteht, die vom Wirtschaftsministerium auf die Dauer von einem Jahr ernannt werden. Der Vorstand der Landesstelle führt den Vorsitz im Beirat.

Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Befugnisse des Beirates werden in einer besonderen Verfügung getroffen.

Die Landesstelle kann zur Erledigung bestimmter Aufgaben Ausschüsse bilden und hierzu auch Personen, die nicht Mitglieder des Beirates sind, zuziehen. Sie kann auch im übrigen jeberzeit zu den Beratungen Sachverständige und Auskunftspersonen, die dem Beirate nicht angehören, zuziehen.

§ 3. Der Landesstelle werden die bisher von den Landeszentralbehörden wahrgenommenen Aufgaben auf dem Gebiete der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Bekleidung und Schuhwerk übertragen. Sie hat insbesondere die Beschaffung, Verwaltung, Verarbeitung und Verteilung der der Notstandsversorgung dienenden Waren zu regeln und zu überwachen.

Die Landesstelle hat ferner die Kommunalverbände und die Gemeindebehörden bei Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem in Absatz 1 bezeichneten Gebiete zu beaufsichtigen und zu unterstützen, sowie für die einheitliche Durchführung der bestehenden Vorschriften Sorge zu tragen.

Das Wirtschaftsministerium kann der Landesstelle auch andere mit der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kleidung und Schuhwerk zusammenhängende Aufgaben zuweisen.

§ 4. Die Kommunalverbände und die Gemeindebehörden haben der Landesstelle und deren Beauftragten auf Ersuchen Auskunft zu erteilen und Akteneinsicht zu gewähren. Sie haben den Anweisungen der Landesstelle Folge zu leisten.

Die Landesstelle wird auf Grund von § 1 der Bekanntmachung über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 (R.V. S. 604) ermächtigt, die in dieser Bekanntmachung bezeichneten Rechte zum Zwecke der Durchführung der ihr gestellten Aufgaben auszuüben. Die diesen Rechten entsprechende Verschwiegenheitspflicht gilt auch für die Angestellten der Landesstelle und die Mitglieder des Beirates.

§ 5. Die Kosten der Landesstelle werden auf die Kommunalverbände anteilig umgelegt. Zur Deckung dieser Kosten und des ihnen selbst entstehenden notwendigen Geschäftsaufwandes sind die Kommunalverbände berechtigt, mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums Zuschläge zu erheben.

Wirtschaftsministerium.

Für den Minister: Dr. Rlien.

Hafer, Heu und Stroh, auch Erbsen- und Bohnenstroh wird angekauft.

Angebote mit Menge, Preis und Lieferfrist an
Reichsversorgungsamt Königsbrück.

Bekanntmachung.

Milch- und Butterablieferung für November und Dezember 1919.

1. Gemeinden mit guter Lieferung:

| | |
|--------------------------|---|
| Pulsnitz, Vertrauensmann | Fleischbeschauer Max Kemnitz, |
| Königsbrück, | Kaufmann Ernst Noske, |
| Bocka, | Wirtschaftsbecker Karl Burk, |
| Hauswalde, | Steuereintnehmer Richard Boden, |
| | früher Gutsbesitzer Dr. Gentsche. |
| Lehndorf, | Gemeindevorstand Hanske, |
| Bucknis, | Gutsbesitzer Georg Fiesche in Prautitz, |
| Ohorn, | Wirtschaftsbecker Emil Hause, |
| Sauritz, | Gutsbesitzer Gustav Lehmann, |
| Stenz, | Privatus Louis Krehshmar, |
| Siebis, | Gutsbesitzer Jakob Krautschick, |
| Sträßgräbchen, | Gemeindevorstand Gustav Rosel, |
| Bollung, | Gemeindevorstand Theodor Müller, |
| Weißbach b. P. | Kaufmann Hermann Blüthner. |

2. Rittergüter mit guter Lieferung:

Pulsnitz, Elstra, Bichla, Bilsheim, Ober- und Niedergersdorf, Glauschitz, Lehndorf I (Weser), Lehndorf II (Feschk), Lieske, Oberlichtenau, Ohorn, Rückelwitz, Reichenbach, Schwosdorf.

3. Gemeinden mit ganz ungenügender Lieferung:

Cunnewitz, Bödra, Gränze, Lieske, Milstrich, Naußitz, Niederlichtenau, Piskowitz, Ralbitz, Rosenthal, Schmeritz, Teichholz.

4. Wegen nachgewiesenen Mehrverbrauchs im November v. Js. mußten Ordnungsstrafen durch die Amtshauptmannschaft ausgeworfen werden gegen:

- 1 Landwirt in Ostro,
- 1 " " Jesau,
- 1 " " Liebenau,
- 1 " " Schweinerden,
- 2 Landwirte " Oberlichtenau.

5. Gerichtlich bestraft werden mußten folgende Landwirte:

- a) wegen Nahrungsmittelerschleichung:
Gutsbesitzersehefrau Klara Emma Schmidt, geb. Richter, in Cunnersdorf;
- b) wegen Mehrverbrauchs von Butter und Quark:
Gutsbesitzerin Agnes Katharina Klammer in Piskowitz und Gutsbesitzer Peter Paul Simang in Ostro;
- c) wegen unzulässigen Milchverbrauchs:
Hillmanns Erben in Talsenberg (Wohla);
- d) wegen unbefugter Abgabe von Butter:
Wirtschaftsbesitzerin Anna Schmidt, geb. Noack, in Milstrich;
- e) wegen Verweigerung der nötigen Auskunft gegenüber den behördlichen Milchrevisoren:
Wirtschaftsbesitzerin Agnes Kockel, geb. Leusch, in Ostro,
Wirtschaftsgehilfe Michael Kockel in Ostro,
Gutsbesitzersehefrau Maria Theresia Krahl in Ramenz;
- f) wegen Beleidigung eines Milchrevisors:
Gutsbesitzer Alwin Oskar Minkwitz in Lückersdorf.

Ramenz, am 28. Januar 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Das Wichtigste.

Die sächsische Regierung droht mit der Stilllegung der sächsischen Eisenbahnwerkstätten.

Vertreter Deutschlands verhandeln augenblicklich mit Schweden und Dänemark über ein Kreditabkommen, das ähnlich so geschlossen werden soll, wie das mit Holland abgeschlossene.

Der deutsche Gerichtshof zur Aburteilung von Verbrechen Deutscher im Kriege wird unabhängig von dem Auslieferungsbegehren der Entente im März seine Tätigkeit aufnehmen. Die Vorarbeiten sind bereits im Reichsjustizamt im Gange.

Das Besoldungsgesetz für Beamte wird trotz der Erkrankung des Ministers Erzberger intensiv bearbeitet und bald zum Abschluß kommen.

Wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten mitteilt, soll die Versicherungspflicht auf alle Angestellten mit einem Einkommen bis zu 15 000 M. ausgedehnt werden. Die neue Regelung wird voraussichtlich schon am 1. April in Kraft treten.

Zur Begrüßung der Scapa-Flow-Internierten ist der Chef der Admittalität von Trotha in Wilhelmshaven eingetroffen.

Die Bremer Vulkanwerft mußte wegen Kohlenmangels ihr Werk bis auf weiteres schließen.

Die bayrische Regierung hat bei der Reichsregierung die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Leber beantragt.

In Württemberg ergaben die Wahlen zur landwirtschaftlichen Kammer eine vollständige Niederlage der Sozialdemokratie. Der landwirtschaftliche Hauptverband erhielt mit 1 139 679 Stimmen 48 Sitze, der sozialdemokratische Kleinbauernvorschlag mit 30 659 Stimmen keinen Sitz.

Der Markkurs im besetzten Gebiet wurde durch die französische Besatzungsbehörde auf 10 Centimes festgesetzt.

Eine weitere schon angekündigte Entente note an Holland fordert die Auslieferung des Kaisers bis Mitte Februar.

Die französische Kammer hat mit 347 von 422 Stimmen Groussier zum Vizepräsidenten gewählt.

Clemenceaus Zeitung „Homme libre“ veröffentlicht den Vorschlag, daß der Völkerbund seinen Gerichtshof in Haag errichten möge, um dort den Kaiser zu verurteilen. Hierdurch würde die Auslieferung umgangen werden.

„Da seht ihr's!“

Von unserm Berliner Vertreter.

„Da seht ihr's! Ihr habt die Schuld. Wir müssen darunter leiden. Aber wir wollten arbeiten und wir werden arbeiten.“ Mit diesen dünnen, aber vielsagenden Worten haben die älteren verünftigeren Eisenbahnwerkstätten-Arbeiter in einer Versammlung ihren radikalen unvernünftigen Kollegen vorwurfsvoll die Hegelnde und schwerwiegende Veränderung der Situation klargemacht, die sich für sie daraus ergibt, daß die sozialistische Regierung die Schließung der Eisenbahnwerkstätten in Berlin und anderen Orten und Kündigung aller Arbeiter vorgenommen hat und die Wiederaufnahme des Betriebes und der Arbeiter davon abhängig macht, daß die Arbeiter sich zur Akkordarbeit und außerdem zu einer täglichen Arbeitszeit von vollen acht Stunden verpflichten. Auch für die Regierung liegt in diesen Worten reichlich Anlaß zu ernstem Gewissensbissen, weil sie sich viel zu spät zu dieser schon seit vielen Monaten

bringend notwendig gewordenen Tat ausgerafft hat und durch ihr allzulanges Zögern schwere Schuld an den herrschenden trostlosen Zuständen auf sich geladen hat. Es ist ein neues schmerzliches Kennzeichen der Unbefähigkeit und Unzulässigkeit der sozialistischen Regierung und namentlich ihres verhängnisvollen Festhaltens an der leidigen Partei-Doctrin, daß erst die inzwischen auf Milliarden-Höhe angewachsenen Verluste am deutschen Volksvermögen als Folge der seit dem ungeligen 9. Nov. 1918, also seit nahezu ein viertel Jahren zu beklagenden mangelhaften Leistungen der Werkstätten und der hierdurch verursachten großen Zuschüsse, sie jetzt dazu gebracht haben, diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Alle anderen von der Unfähigkeit des Sozialismus nicht angekränkelten Stellen hatten längst erkannt und auch offen ausgesprochen, daß alle phrasenhaften Ermahnungen der Arbeiter zur Rückkehr zur früheren Regsamkeit schon deshalb zwecklos sein mußten, weil die Regierung immer wieder zu dem bequemsten Mittel griff, ihre Genossen gegen Ende zur Abkürzung oder Verhütung von Streiks und Unruhen, die auch ihnen persönlich gefährlich zu werden drohten, immer wieder die Forderungen von Lohnrückstellungen und womöglich auch Arbeitszeit-Verkürzungen zu bewilligen.

Es kam hinzu, daß so mancher der heute regierenden Genossen seinen Wählern früher gar zu oft das Akkord-Arbeitssystem als repräsentative Ausbeutung des Arbeiters durch den Unternehmer verhaft gemacht hat, um es nun heute, wo die bittersten praktischen Erfahrungen die graue Theorie des Sozialismus auf Schritt und Tritt Lügen strafen, selbst zur conditio sine qua non zu machen. Inzwischen hatte sich diese jetzt durch ihre eigenen Gesinnungsgenossen schwer belastete sozialistische Regierung aber nicht einmal dazu aufraffen können, den zahl-



reichen Arbeitswilligen wenigstens das Recht zu ungefügtem Arbeiten, wie es im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens und des Staates und auch des Arbeiters selbst liegt, durch energisches Handeln zu sichern. Oft genug vermochte unerhörter Terror einer Minderheit halbwilliger Burshen und anderer Kadaverlasterer sogar lebenswichtige Betriebe zum Stilllegen zu bringen. Auch die Unternehmer sahen sich auf diese Weise wiederholt des Rechtes, im eigenen Hause Herr zu sein, entkleidet, ohne daß die Regierung eine ihrer heiligsten Pflichten, den ordentlichen Staatsbürger zu schützen, erfüllt hätte.

Die wiederholten rednerischen Ergüsse der Minister und ermahnenden Artikel im Vorwärts konnten umso weniger eine nachhaltige Wirkung ausüben, als ihnen das allein wirksame Mittel, die Tat, nicht folgte. Diese allzulange Tatenlosigkeit und die hierdurch verschuldeten schweren, in absehbarer Zeit garnicht wieder gut zu machenden Schädigungen durch Kohlennot, Verkehrsnot, Betriebseinschränkungen und Stilllegungen, Arbeiter-Entlassungen, Ernährungsschwierigkeiten usw. können auch ob des jetzigen energischen Vorgehens der Regierung keine volle Genugung aufkommen lassen. Ueberdies zieht in Gestalt der Forderung des Sechsstunden-Arbeitstages seitens der Bergarbeiter des Ruhrkohlenbezirks neues dückeres Gewölk herauf, das an die geringe Spannkraft der Wilhelmstraße neue große Anforderungen von Geschicklichkeit und Festigkeit stellt, denen man sich wieder nicht sofort in genügender Weise gewachsen zeigen wird. Denn gerade die jetzt zur Bedingung gemachte Akkordarbeit und die hiermit verknüpfte Ausschaltung der Faulenzer hat in gewissen Arbeiterkreisen begrifflicher Weise „Verstimmung“ hervorgerufen und den heftigsten Führern frisches Wasser auf ihre Mühle getrieben, das ihnen auch im Ruhrbezirk ihr verhängnisvolles Treiben erleichtert. Aber auch der Bergarbeiter muß endlich durch rücksichtslose Maßnahmen davon überzeugt werden, daß auch er in dieser bittersten Zeit nicht um seiner selbst willen, sondern wie jedermann im Reich, zum Wohle der Gesamtheit, also auf aller „Genossen“, reichlicher und ergiebiger arbeiten muß denn je zuvor. Nur eine schnelle und nachhaltige Hebung der Produktion, die mit vermehrter Kohlenförderung und erhöhter Leistung der Eisenbahnwerkstätten beginnen muß, kann Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch bewahren. Die zwölfte Stunde ist bereits vorüber!

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Anmeldung der schulpflichtigen Kinder.) Wir werden gebeten, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Anmeldung der Eltern 1920 schulpflichtig werdenden Kinder der Stadt Pulsnitz kommenden Dienstag und Mittwoch 2-5 Uhr nachmittags im Direktorzimmer der Stadtschule stattfindet. — (Kakaotrinkende Schulkinder.) Seit 19. Januar besteht in unserer Stadtschule die segensreiche Einrichtung, daß täglich in der großen Vormittagspause an 48 körperlich bedürftige Schulkinder je 1/4 Liter Kakao als Frühstückstrank unentgeltlich verabreicht wird. Allwöchentlich wechseln die Kinder bis nach 6 Wochen die zur Verfügung stehenden Vorräte aufgebraucht sein werden. — Zur rechten Zeit zur Schule gehen! Die Eltern der Schüler und Schülerinnen unserer Stadtschule werden gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Kinder den täglichen Schulweg nicht zu frühzeitig antreten. Denn diese Unsitte hat sich in den letzten Wochen leider recht eingebürgert. Vor allem sollen die Kinder der ersten Jahrgänge, deren Unterricht erst 10 Minuten nach 10 Uhr beginnt, nicht schon 1/2 10 Uhr in der Schule sein. Durch ihr zu frühes Kommen stören sie den Unterricht der größeren Klassen oft recht empfindlich. Darum ihr Eltern: Schickt eure Kinder zwar pünktlich, aber nicht zu früh zur Schule!

Pulsnitz. (Polizeibericht.) Am 27. Januar wurden auf dem hiesigen Bahnhofe 2 Zentner Zucker beschlagnahmt, welchen eine auswärtige wohnhafte Reisende an hiesige Geschäftsleute verkaufen wollte.

Pulsnitz. (Postalisches.) Vom 1. Februar ab sind die Postkassalen an Sonn- und Feiertagen nur noch von 8-9 Uhr vormittags geöffnet. Die Annahme von Paketen wird auf dringende beschränkt. Postanweisungen und Zahlkarten, sowie Wertbriefe werden von der Annahme ausgeschlossen.

— (Landes-Lotterie.) Die Ziehung der 3. Klasse findet am 11. und 12. Februar statt.

— (Goldene Worte) fand der Stadtverordnete Dr. Esch in Köln in einer Zentrumsversammlung über die Leibesübungen: Bis vor wenigen Jahren fanden Turnen und Sport nicht die notwendige Beachtung als Erziehungsmittel. Nachdem die Militärdienstzeit gefallen ist, erscheint Erziehung für körperliche Ausbildung notwendig. Die Pflege von Turnen und Sport wird zur überaus wichtigen Aufgabe. Vernünftig betrieben bringt beides köstliche Früchte, die wir für den Aufbau bitter nötig haben. Turnen und Sport treiben, heißt nicht nur Spiel, sondern planmäßige Schulung von Körper und Geist, die Mühen und Opfer erfordert. Die Erziehung soll nicht nur in Schulräumen vor sich gehen. Turnen und Sport sollen aber auch die reifere Jugend herausbringen aus Wirtshaus und Kino, hinaus ins Freie, in die Natur, wo auch die rechte Berührung mit dem Schöpfer der Naturschönheiten gefunden wird. So kann Turnen und Sport wertvolle Voraussetzung, Grundlage und Ergänzung jeder Erziehung werden. Erziehen wir ein gesundes Geschlecht, dann wird das Gift und der Bazillus der Arbeitsscheu vergeblich versuchen, unser Volk in Fiebersehauern des Verfalls zu schüttelein. Eltern, pflegt Turnen und Sport bei Söhnen und Töchtern! Körperliche und geistige Gesundheit braucht unser Volk. Was kann aber vor dem moralischen und körperlichen Siedtum bewahren? Die Bewegung in gesunder, bakterienfreier Umgebung: Turnen, Spiel und Sport.

— (Auch Petroleum wird teurer!) Während im Dezember das Liter noch mit 2,75 Mk.

im Kleinhandel verkauft werden konnte, wird es jetzt 3,20 Mk. pro Liter ab Laden kosten. Bei Viefierung frei Haus erhöht sich der Preis um 10 Pf. — (Ernennung.) Der Gendarmeriewachmeister Holzweilig II in Friedersdorf, Großmann in Elstra und Planert in Schwepnitz sind zu Gendarmerieoberwachtmestern ernannt worden.

Ramenz. (Die hiesige Beschäftigung) ist seit 28. d. M. wieder besetzt, und zwar mit den vier Hengsten „Idiot“ (Belgier), „Gorilla“, „Giesbert“ (Niederländer) und „Defregger“ (Hannoveraner). Der Wiederabgang der Hengste erfolgt nach den bisherigen Bestimmungen Ende Juli. — (Podenerkrankungen.) In hiesiger Stadt sind neuerdings zwei Podenerkrankungen aufgetreten. Die Erkrankten sind in einem Hause der Wallstraße wohnhaft und gehören zwei Familien an.

Rammenau. (Vier Personen ertrunken.) Am Freitag vormittag brach der 10-jährige Knabe des Steinarbeiters Hermann Heide auf dem Eise des Waldseebenteiches ein. Sein 17-jähriger Bruder wollte ihm zu Hilfe eilen, doch auch er geriet in Lebensgefahr, worauf die Mutter ihre Kinder retten wollte und zum Schluß die Schwiegertochter, eine jungverheiratete Frau, noch zu Hilfe kam. Alle brachten auf dem Eise ein und konnten nur als Leichen geborgen werden. Dem schwergeprüften Vater, der binnen einer Viertelstunde fast seine ganze Familie verloren hat, bringt man das tiefste Mitgefühl entgegen.

Seifersdorf. Am Sonntag werden die neuen Gloden geweiht. Es sind Bronzegloden. Sie haben dieselben Inschriften wie die am 9. Juli 1917 abgelieferten Gloden. Die große Glode wiegt 474 Kilogramm, die mittlere, die von der Patronats Herrschaft gestiftet worden ist, 236 1/2 Kilogramm. Sie geben mit der kleinen Glode ein volles, harmonisches Geläut: as c es. Sie sind aus der Glockengießerei von E. Albert Birling in Dresden hervorgegangen und aufs beste gelungen.

Vöben, 30. Januar. (Unter dem Verdacht des Raubmordes) an der Witwe Härtel in Oberprausa wurde der 28 Jahre alte Max Döring, auf den sich sofort nach der Tat der Verdacht legte, hier verhaftet. Zwei weitere Burshen, die noch in Frage kommen können, werden noch gesucht.

Sächsische Volkshammer.

Dresden, 29. Januar. (87. Sitzung.) Auf der Tagesordnung steht zunächst die Schlußberatung über den Entwurf eines Gesetzes über die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes sowie über eine hierzu eingegangene Petition.

Der Berichterstatter Abg. Blüher (D. Sp.) beantragt nachgeändert die Annahme der einzelnen Paragraphen des Entwurfs. Zum § 9 hat Abg. Schmidt, Feiberg, und Genossen (Dn. Sp.) einen Antrag eingebracht, der die Doppelbesteuerung der Anteilhaber von G. m. b. H. vermeiden will. Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Schluß wird das ganze Gesetz angenommen und die dazu eingegangenen Petitionen der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Es folgt dann die Beratung des Gesetzentwurfes über einen Zuschlag zu der für den dritten Termin des Rechnungsjahres 1919 zu entrichtenden Einkommensteuer.

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Fedrich führt zur Begründung an, daß die Regierung neben der Erhöhung der Kosten, Gebühren, Beiträge, Personen- und Gütertarife an eine Erhöhung des Einkommensteuervertrages habe denken müssen, der am 15. Februar 1920 erhoben werden soll. Der Etat des Rechnungsjahres 1919 vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 schließt mit einem ungedeckten Betrag von 818 139 474 M.; werden dazu die noch fälligen Ausgaben der erhöhten Steuerzulagen usw. hinzugezogen, so ergibt sich ein Fehlbetrag von 1 200 000 000 M. Angesichts der ungeheuren Geldentwertung könne die Erhebung eines Vierteljahresbetrages der Einkommensteuer nicht ausreichten sein. Von einer prozentualen Staffelung des hundertprozentigen Zuschlages habe man infolge der Kürze der Zeit absehen müssen.

Abg. Reinhold (Dem.): Seine politischen Freunde billigten durchaus den Grundgedanke der Vorlage, die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen zu decken. Seine Partei werde im Ausschuß vorschlagen, daß für Steuerpflichtige, deren Einkommen nicht gestiegen ist, bzw. für die unteren Steuerklassen die Erhöhung in Wegfall kommt.

Abg. Wilde (Soz.) verlangt die Heranziehung der Ergänzungsteuer, Grundsteuer usw. zur Erhöhung.

Abg. Hofmann (Dn. Sp.): Ganz besonders trifft die erhöhte Steuer die kleinen Leute, die sich keine neuen Einnahmen schaffen konnten, die Kleinrentner und Pensionäre. Zu hoffen sei, daß die Regierung im Ausschuß das nötige Entgegenkommen für diese Kreise zeigen werde. Es würde Zeit, daß mit der Pumpwirtschaft endlich aufgeräumt würde.

Abg. Blüher (D. Sp.) stimmt der Ueberweisung an den Finanzausschuß A zu, dem er Glück wünsche, wenn es ihm gelänge, die Schieber zu fassen und die kleinen Leute frei zu lassen.

Die Vorlage wird dem Finanzausschuß A überwiesen.

Hierauf begründet Abg. Beutler (Dn. Sp.) eine Interpellation seiner Fraktion: Ist die Regierung imstande und gewillt, über die Vorgänge, die sich am 8. August 1919 auf dem Chemnitzer Hauptbahnhofe zugetragen haben, weiter als bisher gechehen, Aufschluß zu geben? Redner führte aus, daß die Vorgänge aus Lebensmittelbemonstrationen, zu denen nach Lage der Dinge keine Veranlassung vorlag, herangewachsen sind und dem Einfluß von kommunistischen Hezern. Die Regierung solle sich dazu äußern, ob die Teilnahme von antisemitischen oder reaktionären Elementen festgestellt werden konnte. Für ihn (Redner) sei dieser Aufschluß nicht erforderlich; er wisse, daß an diesen Behauptungen absolut nichts wahres sei. Wesentlich sei auch zu erfahren, von welcher Seite auf dem Bahnhof zuerst geschossen worden sei und ferner wie es möglich war, daß der Transport der Reichswehrmannschaften in den Engpaß des Chemnitzer Hauptbahnhofes geleitet werden konnte. Zum Schluß geistelte der Redner die unwürdige Bestätigung der gefallenen Reichswehrmannschaften in Frankenberg.

Abg. Fleißner (Unab.) begründet eine Interpellation wegen des Ausnahmezustandes und der Zeitungsverbote. Bis jetzt seien schon 26 unabhängige Blätter verboten, ein Vorgang, der in der Wilhelmianischen Zeit undenkbar gewesen sei. Redner behauptet dann, daß keinerlei Beweise für die Teilnahme der Unabhängigen

an den letzten Demonstrationen vor dem Reichstag erbracht werden könnten.

Minister des Innern Uhlig schildert den Hergang der Vorkommnisse. Die Schulfrage sei durch die gerichtlichen Feststellungen nicht einwandfrei geklärt worden. Er behauptet, daß in dem zur Untersuchung eingesetzten Ausschuß, dem nur sozialistische Mitglieder angehörten, eine Mitschuld antisemitischer und reaktionärer Elemente festgestellt worden sei. Die Hauptschuld aber trügen die kommunistischen Hezer gegen die Reichswehr.

Ministerpräsident Dr. Graubner wendet sich in wesentlichen gegen die Ausführung des Abgeordneten Fleißner, dessen Politik während des letzten Jahres großes Anglied über unser Land gebracht habe. Die unabhängige Partei habe sich vollständig radikalisiert. Junge Leute ohne jede politische Erfahrung seien die führenden Kräfte und die Herren Fleißner usw. müßten sich diesem Joche beugen. Unter lebhafter Bewegung im Hause und unter fortgesetzten Äußerungen der Unabhängigen gibt der Ministerpräsident dann eine Darstellung der letzten Vorgänge im Reichstagsgebäude. Zum Verbot der Leipziger Volkszeitung bemerkt er, daß diese schon lange in auferordentlich heftigen und beleidigenden Töne geschrieben habe. Weiter gab der Redner zu, daß deutlich in Erscheinung trete, daß die Deutsche Volkspartei einen starken Zuwachs erfahre, und daß Leute, die von dieser Partei erst gar nichts wissen wollten, zu ihr strömen. Eine Regierung, die vor dem deutschen Volke bestehen wolle, müsse das deutsche Volk nach außen würdig zu vertreten wissen und dem Volke Gelegenheit geben, in Ruhe zu arbeiten.

Die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen wird auf einen späteren Sitzungstag verschoben.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 3. Februar, mittags 1 Uhr.

Politische Rundschau.

— (Die Verbandsmächte verharren auf der Auslieferung des Kaisers.) Das Reuterbüro meldet aus Paris, daß die Verbandsmächte in ihrer Antwortnote an Holland ein Eingehen auf die holländische Note ablehnen und bis Mitte Februar von Holland die Auslieferung des Kaisers unter der Wahrung aller Rechtsformen erwarten. Die Verbandsmächte geben jetzt als Hauptgrund für die Auslieferung des Kaisers an, daß dessen Aufenthalt in Holland den Frieden Europas und die Sicherheit der Völker bedrohe. Das glaubt zwar kein Mensch, denn an eine Rückkehr des Kaisers auf den Thron seiner Väter ist nicht zu denken, aber trotzdem erblicken England und Frankreich schon in der Person des Kaisers noch eine Gefahr für ihre Welt Herrschaftspolitik. Dabei lassen die Londoner Zeitungen auch schon durchblicken, daß, wenn der Kaiser in seinem Prozesse auf Antrag der Verbandsmächte für schuldig befunden werden würde, er nur lebenslanglich verbannt werden würde. Wahrscheinlich will es die englische und französische Regierung durchsetzen, daß der Kaiser Wilhelm ähnlich wie der Kaiser Napoleon nach der Insel St. Helena verbannt werden soll. Der Standpunkt der englischen und französischen Regierung in der Auslieferungsfrage wird übrigens von Italien und Amerika nicht geteilt. So schreibt die römische Zeitung „Osservatore Romano“, daß die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers und ein Prozeß gegen ihn eine kraftschliche Ungeheuerlichkeit sei, auch sei durch den Friedensvertrag eine Beteiligung Italiens an diesem Vorgehen gar nicht notwendig, auch würde ein Schiedsgericht des Völkerbundes die Haltung Hollands billigen. Am besten wäre es, die ganze Angelegenheit fallen zu lassen, denn der ganze Prozeß gegen den Kaiser würde nur den internationalen Haß und die Gefahr einer militärischen Revolution in Deutschland verstärken. Auch hat der amerikanische Minister des Auswärtigen, Lansing, in einer Volksversammlung in Boston erklärt, daß sich Amerika in der Frage der Auslieferung und Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers niemals den Verbandsmächten anschließen werde.

— (Stürmische Sitzung in der preussischen Landesversammlung.) In der preussischen Landesversammlung ist es am 29. Januar zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Minister des Inneren Heine und den Unabhängigen gekommen. Der Minister Heine begründete die Notwendigkeit der Verhängung des Belagerungszustandes und wurde er dabei von den Unabhängigen oft scharf unterbrochen. In Bezug auf die Schließung der Eisenbahnwerkstätten in Preußen führte der Eisenbahnminister Defer aus, daß der Arbeiterbestand in den Eisenbahnwerkstätten gegenüber der Friedenszeit 270 Prozent betrage und trotzdem wären die Leistungen ständig zurückgegangen und seien in den letzten Wochen 500 Lokomotiven mehr in die Werkstätten zurückgebracht worden, als herausgegangen wären, und die Zahl der Lokomotiven, an denen nicht gearbeitet werde, wachse täglich. So wären am 11. Januar nicht weniger als 10707 reparaturbedürftige Lokomotiven in den Werkstätten vorhanden gewesen. Das waren, so schloß der Minister, Zustände, denen man nicht länger untätig zusehen konnte. Wohin wir dabei gekommen wären, wissen sie alle, zum Zusammenbruch des Verkehrswesens und damit der ganzen Wirtschaft. Wie übrigens aus Berlin gemeldet wird, haben sich zu den neuen Arbeitsbedingungen in den Eisenbahnwerkstätten schon sehr viele Arbeiter gemeldet.

— (Rückkehr des Admirals von Reuter aus englischer Gefangenschaft.) Die Londoner Zeitungen melden, daß der wegen der Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow von den Engländern verhaftete Admiral von Reuter wieder freigegeben wurde und sich bereits auf der Heimreise nach Deutschland befindet.

— (Wieder Akkordarbeit in Deutschland.) Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Die Wiedereinführung der Akkordarbeit in den lebenswichtigen Industrien ist, wie ich höre, Gegenstand eingehender Beratungen im Reichsarbeitsministerium. Die bisher durch die Aufhebung der Akkordarbeit gezeitigten Erfahrungen haben ergeben, daß überall ein schwerwiegender Rückgang der Produktion eingetreten ist, der nur mit Anspannung aller Kräfte wieder wettgemacht werden kann. Die Vertreter der Gewerkschaften sollen zu dieser Frage ein Urteil abgeben, und man hofft, daß sie in irgend einer Form mit der Wiedereinführung der Akkordlöhne einverstanden sein werden.

— (Zu der Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft) wird uns von unserem Berliner Vertreter geschrieben, daß die industriellen Kreise bewußt sind, einen Vorstoß gegen die Regierung zu unternehmen, indem eine Eingabe mit 2 Millionen Unterschriften gesammelt wird, die bewirken soll, daß die ganze Frage vor einem Volksentscheid gebracht werden soll. Man hofft, daß dadurch eine Aufhebung der Zwangswirtschaft durchgesetzt werden kann.

Serbien.

Belgrad, 31. Januar. (Mobilisierung Serbiens.) Gleichzeitig mit dem Beschluß über die Ablehnung des Entente-Ultimatums beschloß die serbische Regierung die Mobilisierung von weiteren drei Jahressklassen. Aus den besetzten Gebieten Ungarns sind zwei Divisionen abgezogen und nach Dalmatien dirigiert worden; aus Laibach und Ugram sind alle verfügbaren Truppen abgezogen worden.

Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Am 26. Januar 1920 ist das Reichsgesetz vom 31. Dezember 1919, die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft in Kraft getreten.

Das Gesetz hat zum Zweck eine bessere Versorgung des gesamten Reichsgebietes mit Elektrizität.

Das Reichsgebiet ist bis spätestens 1. Oktober 1921 für die Elektrizitätswirtschaft in Bezirke einzuteilen, die sich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gliedern.

Für diese Bezirke sind unter Führung des Reichs Körperschaften oder Gesellschaften zu bilden, in denen die der Erzeugung und Fortleitung elektrischer Arbeit dienenden Anlagen zusammenzuschließen sind. Ausgenommen sind diejenigen Unternehmungen, die die von ihnen erzeugte elektrische Arbeit ausschließlich oder ganz überwiegend für eigene Betriebe verbrauchen. Das Nähere wird durch ein bis zum 1. April 1921 einzubringendes Gesetz bestimmt.

Das Reich ist befugt:

1. das Eigentum oder das Recht der Ausnutzung von Anlagen, die zur Fortleitung von elektrischer Arbeit in einer Spannung von 50 000 Volt und mehr bestimmt sind, und zur Verbindung mehrerer Kraftwerke dienen,
2. das Eigentum oder das Recht der Ausnutzung von Anlagen zur Erzeugung elektrischer Arbeit mit einer installierten Maschinenleistung von 5000 Kilowatt und mehr, die im Eigentum privater Unternehmer stehen und nicht ganz überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe dienen,
3. privaten Unternehmern zustehende Rechte zur Ausnutzung von Wasserkraften für die Erzeugung elektrischer Arbeit mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt, die nicht ganz überwiegend für eigene Betriebe bestimmt sind, einschl. des Eigentums an den Anlagen hierzu und des Rechtes technischer Vorarbeiten gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen.

Zu den Elektrizitätswerken gehören alle Anlagen und Einrichtungen, die mit dem Kraftwerk eine wirtschaftliche Einheit bilden, insoweit sie zum Kraftwerk notwendig sind. Die bisherigen Eigentümer können verlangen, daß darüber hinaus solche Anlagen und Einrichtungen mit übernommen werden, die bei einer Abtrennung für sie nicht mit Vorteil benutzt werden könnten.

Die vom Reich nicht übernommenen Anlagen können in ihrer Gesamtheit durch die zuständigen Länder, Gemeindeverbände oder Gemeinden übernommen werden. Nähere Vorschriften werden noch erlassen.

Für gemeinwirtschaftliche Unternehmungen in denen die Beteiligungen von Privaten gegenüber den Beteiligungen der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden am 1. Oktober 1919 weniger als 25 % betragen, kann ein Übernahmerecht des Reichs nur dann ausgeübt werden, wenn die beteiligten Länder usw. nicht binnen 9 Monaten nach Aufforderung des Reichs dem Reich und dem Unternehmen gegenüber erklären, daß sie ihrerseits gemeinsam oder einzeln die oben unter 2 und 3 genannten Anlagen und Rechte übernehmen wollen.

Bei bergl. Unternehmen, bei denen die Beteiligungen der Länder usw. am 1. Oktober 1919 25 %

und mehr betragen, hat das Reich das Recht, Anlagen und Rechte der oben unter 2 und 3 genannten Art zu übernehmen.

Kleine Elektrizitätswerke unter 5000 Kilowatt-Leistung und solche über 5000 Kilowatt Leistung, die überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe dienen, sind demnach von der Übernahme ausgeschlossen, ebenso können Privat- und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, die zur Fortleitung von elektrischer Arbeit in einer Spannung unter 50 000 Volt bestimmt sind und zur Verbindung mehrerer Kraftwerke dienen, nicht übernommen werden. Das Reich kann jedoch verlangen, daß solche Anlagen und Elektrizitätswerke in Gesellschaften, an denen das Reich beteiligt ist, eingebracht werden.

Nach dem 1. Juli 1919 getroffene Verfügungen oder abgeschlossene Rechtsgeschäfte, durch die das Übernahmerecht des Reichs aufgehoben oder in seinem Umfang beschränkt oder wirtschaftlich beeinträchtigt wird, sind dem Reich gegenüber unwirksam.

(Schluß folgt.)

Die Streik-Lage.

Berlin, 29. Januar. Bis jetzt haben sich zur Einstellung unter den neuen Arbeits-Bedingungen gemeldet bei den Werkstätten Berlin I über 2000, Berlin II über 800, Frankfurt 2000, Nied 950, Breslau II 1193, Breslau IV 208, Seebaldbück 450, Stargard 388, Salbke 550, darunter 100 Arbeiter, die bisher nicht bei der Eisenbahn beschäftigt waren. Aus den anderen Bezirken liegen noch keine Nachrichten vor.

Zwickau, 30. Januar. (Ausland.) Die Schneidergehilfen sind abermals in den Ausstand getreten und verlangen eine 50%ige Lohnerhöhung. Die Arbeiter hatten sich zu einem einwöchigen Ausbleiben von 20% erboten und wollten die weitere Regelung den im Gange befindlichen Tarifverhandlungen überlassen, was aber abgelehnt wurde.

Magdeburg, 30. Januar. Die Belegschaft der Eisenbahnhauptwerkstätte Salbke hat sich fast vollständig zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet. Die Wiederinbetriebsetzung des Werkes unter Anwendung des Gruppenakkordsystems steht bevor.

(Kleine Nachrichten.) Die Amtshauptmannschaft und die Kohlenhändlervereinigung in Freiberg in Sachsen haben an den Bergbauischen Verein in Essen folgendes Telegramm gerichtet: Die von den Bergarbeitern geforderte Arbeitszeit bedeutet einen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens. Verkürzung der Arbeitszeit würde unhaltbare Zustände herbeiführen. Fordern dringend Ablehnung der Verkürzung der Arbeitszeit und Bevorzugung Bergarbeiter durch Nahrungsmittel- und Kleiderherstellung. Unehaltliche Küngebunden sind aus Stargard und Soldin i. Brandenburg eingetroffen.

Berlin, 31. Januar. (Die Stellungnahme der Eisenbahner.) Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerbundes hat nach zweitägigen Beratungen in geheimer Abstimmung mit 41 gegen 13 Stimmen den Beschluß gefaßt, in dem es heißt: Dem engeren Vorstand wird die Ermächtigung zur Unterzeichnung des abgeschlossenen Tarifvertrages erteilt. Es muß nach wie vor daran festgehalten werden, daß die Akford- weder Stützpunktarbeit für die Eisenbahnaparaturwerkstätten ungeeignet und nicht zu empfehlen ist. Ohne seinen grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben, jedoch im Hinblick auf die außerordentlichen Schwierigkeiten in denen unser gegenwärtiges Verkehrsleben sich befindet und in dem Bestreben, an der Wiederaufstellung unseres Wirtschaftslebens nach Kräften mitzuwirken, billigt der erweiterte Vorstand die Entlassungen der Tarifverhandlungskommission vom 28. Januar wonach sie bereit ist, auch über ein Akfordsystem mit der preussischen Eisenbahnverwaltung zu verhandeln.

Erzberger-Helferich-Prozess.

Berlin, 30. Januar. Dr. Friedländer stellt durch Befragen des Zeugen Justizrat Neumann fest, daß der Fi-

nanzminister von keiner Seite Kenntnis von der ihm zugebachten Ehre, Beirat der Ostropageellschaft zu werden, erhalten hatte. Oberstaatsanwalt Krause findet ein solches Vorgehen nicht nur ungewöhnlich, sondern einfach unerhört. Der Geschäftsführer der Ostropa Kaufmann Friedrich Hühne sagt aus: Wir haben an dem Herrn Finanzminister ein Schreiben gerichtet, in dem wir ihm in aller Form seine Wahl mitteilten. Es wird festgestellt, daß der fragliche Brief nicht durch die Post gesandt worden war, sondern durch einen Boten, einen Herrn Markuffen. Der Zeuge will aber gestern erst erfahren haben, daß Markuffen den Brief nicht an Herrn Erzberger übergeben hat. Die Akten der Ostropa sind bei dem Gericht verschwunden. Die Verhandlung wird auf Dienstag 9 1/2 Uhr vertagt.

Neueste Meldungen.

Frankfurt, 31. Januar. (Die französische Werbeträgheit.) Vergangenen Mittwoch vormittag wurde vor dem Frankfurter Hauptbahnhof ein fünfzehnjähriger Knabe von einem französischen Militär angehalten, dem Aufsehen nach einem Unteroffizier, und gefragt, ob es dem Jungen nicht Spaß machen würde, in die Fremdenlegion einzutreten. Der Junge ging darauf ein und wurde in das französische Militärbüro, Tanusanlage 9, gebracht und für die Fremdenlegion eingeschrieben. Man verpflegte ihn dort und der Unteroffizier fuhr dann mit ihm nach dem französischen Lager Gröschheim bei Darmstadt. Inzwischen erfaßte der Junge die Neuz. Am nächsten Morgen brannte er durch und lehrte zu seinen Eltern zurück. — Ist das Haus Tanusanlagen 9, so fragt die „Frankfurter Zeitung“, den Franzosen überlassen worden, um darin ein Werbebüro für die Fremdenlegion zu errichten. Das Blatt hält es für selbstverständlich, daß der französische Kontrolloffizier des Abschnitts IV der neutralen Zone, Kapitän de Pomarede, zu diesem Vorgang sich äußern wird.

Haag, 31. Januar. (Zur Auslieferungsfraße der Kriegsschuldigen.) „Evening Standard“ meldet, daß Millerand und Rittig wahrscheinlich nach London kommen werden, um die ganze Fraße der Kriegsschuldigen zu besprechen. Man dürfe sich nicht wundern, wenn die Liste der Schuldigen auf neue verkürzt werde. Die Alliierten seien sich allgemein darüber einig, daß sie nichts tun wollen, um die jetzigen Unruhen in Deutschland noch schlimmer zu machen.

London, 31. Januar. (Die Kaiserfrage.) Das Reuterbüro meldet aus Paris: Die zweite sehr scharf gehaltene Note der Alliierten an Holland wird am Montag überreicht werden. Sie fordert die Auslieferung des Kaisers in einer bestimmten Frist, damit das vorgesehene Prozedere gegen den Kriegsschuldigen nicht weiter verzögert werde.

Paris, 31. Januar. (Frankreichs Oberste Heeresleitung.) Nach dem „Echo de Paris“ setzt sich die Oberste Heeresleitung Frankreichs folgendermaßen zusammen: Marschall Foch bleibt Höchstkommandierender der alliierten Streitkräfte; Marschall Petain wird Oberbefehlshaber der französischen Armee und zugleich Vizepräsident des Obersten Kriegsrates. General Buat wird Chef des Generalstabes mit drei Unterstabchefs. Dem Obersten Kriegsrat präsidieren der Kriegsminister. Als Mitglieder gehören ihm an drei Marschälle von Frankreich Foch, Foch und Petain und 10 Divisionsgenerale, denen in Kriegzeiten das Kommando einer Armee zusteht.

Direkt an Private:

Echt Chevreau- u. Boxcalladerstiefel (braun u. schwarz) Kinder Mädchen Knaben Damen Herren Größe Nr.: 22-26, 27-30, 31-35, 36-40, 36-42, 40-46 Preis M. 42.- 56.- 72.- 95.- 104.- 120.- Hochfeine Goodyear Welt-Stiefel 130.- 150.- Paarweise gegen Nachn. Peter Forster, Pirmasens.

Ziegen jede Kasse

mit Preisangabe sucht zu kaufen Kurt Gerber, Bischofswerda, Belmsdorfer Straße 13.

Vor Inkrafttreten der neuen Bandrollen-Steuer empfehle

garantiert rein Rippenrauchtabak pr. Pfund Mk. 14,-

Zigaretten,

rein orientalische Tabake, zu 15 Pfg. mit Mundstück, 20, 25 u. 30 Pfg. ohne Mundst.

Georg Hommel, Niedersteina.

Asthma

kann geheilt werden Sprechstunden in Dresden Lütichaustraße 29, I, jeden Montag von 10-1 Uhr. Dr. med. Alberts, Spezialarzt, Berlin S. W. 11.

Gummisachen

Spülapparate, Frauendouchen, Clysos, Schläuche, Unter-Lagen, Vorfal-Binden, Frauentropfen u. a. sanitäre Gummisachen. Anfragen erb. (Damenbedienung durch m. Frau) W. Heusinger Dresden, am See 37, nahe Hauptbahnhof.

Zirka 40 000 neue Zünder = Riffen 59:59:16 cm

mit Blecheinlag und Patentverschluß, gut geeignet für Privatwerkzeuge, 100 Stückweise oder im Ganzen zu verkaufen. Offerte unter Aa 29 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bettmössen

Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht ang. Auskunft umsonst Sanitas, Fürth/B., Fühlaustr. 23

Wer will Adressen schreiben? Ich schreibe für Sie. Sucht Lohn, Vertretung, o. sonst. Verb. Näh. gegen Rückporto gratis Germania-Verband Nürnberg 1

Bettmössen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Verandhaus Wohlfahrt, München 92. Siltenergerstr. 6

Guterhaltene, starke Nähmaschine zu kaufen gesucht Schloßstraße 104.

Markentreie Marmelade

empfiehlt Samuel Steglich.

Rheumatismus, Nerven

schmerzen,

Erkältung, Kopf- und Gliederschmerz lindert Dr. Nauenburgs Nervenbalsam, Schuppen, Doppelekreuz. Seit 60 Jahren bewährte Erfindung. In Apotheken H. 4.- M. Man verlange „Doppelekreuz-Nervenbalsam“, sonst unecht.

Achtung! Achtung! Suche Laden

pr. sofort oder später zu mieten, evtl. Kolonialwaren- oder Ähnl. Geschäft zu kaufen. Offerten unter A 31 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gratulations

Gesucht wird ein junges Mädchen zur Aufwartung Löwen-Apotheke.

Vertretung!

Für unsere erkrankte Verkäuferin suchen wir für den Monat Februar geeignete männliche od. weibliche Vertretung. C. G. Kuring.

Lehrling

für Kontor, m. guten Schulzeugnissen, gesucht. Schurig-Kaupach.

Tüchtig. Dreher

gesucht. Curt Mensel, Maschinenbetr. und Bauhilfsleiter Rietschelstraße 351.

Großhändlerverband, mittleren Umfanges, sucht zur Unterstützung des Geschäftsbereichs

jüng. Meister.

Angebote unter A. a. 30 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche für meinen 3 Personen-Bauschrank für 1. od. 15. Febr. ein älteres, zuverlässiges

Hausmädchen.

Fabrikbesitzer Weise, Radeberg, Fabrikstr. 55.

Ein Mädchen,

welches Ostern die Schule verläßt, wird in die Landwirtschaft gesucht. — Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht wird eine unabhängige, nicht zu junge Frau

zu einem älteren Mann, auf dem Lande wohnend, die Woche einen Tag. Zu melden unter A. b. 31 in der Geschäftsst. d. Bl.

Zu verkaufen

Junge, tragende Ziege zu verkaufen. Zu erst. in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zuchttauben

zu verkaufen Mittelbach 17 b.

Ein gut erhaltener Sprechapparat

zu verkaufen Pulsnitz M. S., Richtenbergerstraße Nr. 77 g. Ein 40 gängiger

Bandstuhl,

1 Zoll Eintr., ist zu verkaufen. Obersteina Nr. 71 F.

Eine hornlose Ziege

(nahe zum Zickeln) zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Großer, schwarzer Hund

zugelassen. Geg. Antofen und Futter, abzuholen. Ernst Dswald, Thorn Nr. 135.

Verloren

Cigarren-Etui

verloren. Gegen hohe Belohnung abzugeben bei Stephan, Schießstraße.

Schwarzseidner Shawl,

weiß gefärbt, wurde Sonntag Nacht in Pulsnitz verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsst. d. Bl.

Gasthof Bollung.

Sonntag, den 1. Februar, von nachm.
1/4 Uhr an
feine Ballmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein **Richard Sinde.**

Hotel Haufo
Mittelgasthof :: Großröhrsdorf.
Morgen, Sonntag
Grosser öffentl. Ball!
Anfang 4 Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein **O. Iser.**

Gühr's Gasth., Friedersdorf.
Sonntag, den 1. Februar, von 7 Uhr an
öffentliche Ballmusik,
wozu ergebenst einladet **Paul Gühr.**

Sonderzirkel
f. Tanz u. Anstandslehre.
Geehrten Familien von Pulsnitz und Umgegend zur
gefl. Kenntnis, daß ich Anfang März einen Zirkel in allen
Rund- und Gesellschaftstänzen,
sowie in den modernen Tänzen, **One step, Original-**
Boston und Foxtrott eröffne. Anmeldungen hierzu jeder-
zeit in meiner Wohnung, **Bischofswerdaerstr. 213 E 2.**
Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß ich auf Wunsch einen
Zirkel f. Verheiratete u. Verlobte
in modernem Tanz (One step, mod. Walzer links u. rechts,
Original-Boston und Foxtrott) beginne. Anmeldungen hierzu
bis 5. Februar in meiner Wohnung.
Hochachtungsvoll **Alwin Sübel.**
Pulsnitz.

Eingetroffen
Bettzeug, 80 und 130 cm breit, rot,
do. 85 cm breit, weiß,
Matratzendrell, 115 cm breit,
Barchente in verschiedenen Preislagen.
K. W. Londershaus,
Bischofswerdaer Straße, im Hause des Herrn Dr. Schlosser,
2 Treppen.

Für Gold- und Silbergeld
Zahle die höchsten Preise.
Für 1 M Silber zahle 10 M
Max Haupt, Edelmetallschmelze,
Dresden, Bönißchpl. 17 II. — Tel. 11585.

Lebens-Versicherung.
Alte, vornehme Gesellschaft mit den modernsten Einrich-
tungen sucht für Pulsnitz einen gut eingeführten, tüchtigen
Haupt-Betreter.
Rührigen und energischen Herren bietet sich gute Gelegen-
heit, ihr Einkommen erheblich zu verbessern. Bewerber
wollen sich melden unter J. D. 15167 an **Rudolf Mosse,**
— Berlin SW 19. —

Männer-, Frauen- und gemischte Chöre.
Moderne Musik
Theaterliteratur
Humoristika.
Josef Günther, Dresden - A., X.
Buch-, Musikalien- und Theaterbuchhandlung
Kataloge gratis und franko.

— Ich kaufe: —
20 Mark-Goldstücke f. 375 Mk.
10 Mark-Goldstücke f. 185 Mk.
1 Silbermark für 9 Mark
50 Pfg. = 4.50 M 3 M = 27 M
2 M = 18.00 M 5 M = 45 M
Einsendungen per Einschreibe- oder Wertbrief
erbeten. Betrag wird sofort durch Postscheck-
konto also in echtem Papiergeld (keinem fal-
schen) überwiesen. Bei größeren Beträgen komme
selbst nach dort.
Friedrich Voss, Dresden-A., Körner-
Str. 11.
Postscheckkonto Leipzig 110 516.

Fahrräder,
neu und gebraucht,
Mäntel
und **Schläuche**
Taschenlampen, Feuerzeuge, Brennstoff,
Osram- und Botan-Lampen.
Reparaturen jeder Art.
W. Burig, Obersteina.

Heilsalbe Sedencreme
Bewährt durch seine hautbildende Heilkraft bei
alten u. frischen Wunden, Beinschäden, Brand-
wunden, Flechten. Nur in Apotheken erhältlich!
Jis-Werke, Demitz-Thumitz's

Motoren- und Vasalin-Oel,
zu Brenn- Zwecken verwendbar,
frisch eingetroffen, sowie zwei
Kutsch-Geschirre und ein
Spitzkamm sind zu verk. bei
Martin Schäfer,
Niedersteina 84, bei Pulsnitz.

Schutt
kann abgeladen wer-
den an der großen
Eiche, gegenüber der
Schäferei.

Nur 2 Tage!
Gold und Silber
für eignen Bedarf.
1 M = 11 M. — 10 M Gold
= 150 M.
Richter, Niedersteina 60.

Grosse Seifen-Ersparnis!
Millionenfach
bestens bewährt hat sich
BORIX
Sauerstoffbleiche.
Kein Schwindel- od. Gefährprodukt.
Borix wird mit großem Er-
folg zum Kochen der Wäsche
verwendet. Es löst und bleicht
alle Schmutzstoffe, macht die
Wäsche blendendweiß, frisch
und gesund.

Reeller Artikel f. Drogen- und Seifen-Geschäfte.
Borix-Werk,
Sorau N.-L.
Geschäfte, Fabriken, Grundbesitz jeder Art
zu kaufen gesucht.
Teilhaber-Beschaffung
in jeder Kapitalhöhe
Beschaffung und Unterbringung
von Hypotheken.
Franz George, Dresden,
Zahngasse 12 (Haus Hans)
Bei mir ist stets rege Nachfrage
und Bitte um gefl. Angebote.
Kein Vorbehalt. Geprüft 1902.
Hierzu eine Beilage.

Für die uns anlässlich unserer **Vermählung**
in so reichem Maße zugegangenen Geschenke und
Glückwünsche sagen wir allen hiermit unseren
herzlichsten Dank.
Insbesondere Dank dem Männergesangverein für
die erhebenden Gesänge.
Lichtenberg, Max Gärtner und Frau Ida
den 23. Januar 1920. geb. Haase.

Damen-Moden-Atelier
W. Grunert Kamenz, Oststraße 5. W. Grunert
Anfertigung aller Arten
Kostüme, Jacketts und Mäntel.
Spezialität: K stüme in Herrensneiderarbeit.
Neueste Frühjahrsmodelle eingetroffen!

Oberrealschule zu Bautzen. Anmeldungen werden
wöchentlich von 11 bis
12 Uhr angenommen. Der Eintritt erfolgt am besten im
Alter von 10 Jahren. Vorzulegen sind Geburtsurkunde,
Impfschein, Schulzeugnis. Persönliche Vorstellung des
Schülers ist erwünscht. Oberstudienrat **Dr. Wehner.**

Arbeitsfreudige Mädchen (18—35 J.) mit guter Schul-
bildung w. zur Ausbildung
als Schwestern für Heil-, Erziehungs-, Krankenanstalten,
Frauenkliniken und Säuglingspflege gesucht. Staatsanstell.,
gutes Gehalt, Pensionsberechtigung. Aufnahmebedingungen
sp. berend. Beschäftigung des halbes Monats. Kirchentat
Raumann, Rektor d. staatl. Schwesternh., Urensdorf, Bez. Dr.

Nach längerem Leiden erlöste ein sanfter
Tod heute früh unsere liebe, gute Mutter,
Schwieger-, Großmutter, Schwester und Tante
Frau Emma verw. Philipp,
geb. **Führlich**
im Alter von 67 Jahren.
Pulsnitz, In tiefer Trauer
den 31. Jan. 1920. **die Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachm.,
1/4 Uhr vom Trauerhause, Kamenzstr. 259,
aus statt.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
unsere einzige, herzensgute Tochter, Enkelin
und Nichte
Herta
am Freitag Abend, 9 Uhr, nach kurzen, schwe-
ren Leiden im Alter von 10 Jahren, 1 Monat
zu sich in sein himmlisches Reich abzurufen.
In unsagbarem Schmerz
Friedersdorf, Otto Lau und Frau.
den 31. Jan. 1920. Familie **Max Brückner.**
Familie **Hermann Lau.**
Die Beerdigung findet Montag, d. 2. Febr.,
nachm. 3/4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, welche uns
beim Heimgange unsrer über alles geliebten, herzensguten Mutter,
Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Bertha verw. Mägel
geb. **Pasch**
geworden sind, **danken wir hierdurch von ganzem**
Herzen.
Pulsnitz, In tiefster Trauer
den 31. Januar 1920. **Klara und Frieda Mägel**
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Pulsnitzer Wochenblatt

Sonnabend, 31. Januar 1920.

Beilage zu Nr. 18.

72 Jahrgang.

Verordnung über die Einfuhr von frischem Auslandsgemüse, -obst und Südfrüchten.

Zur Ausführung der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst über die Einfuhr von Auslandsgemüse und -obst getroffenen Bestimmungen wird unter gleichzeitiger Aufhebung der dazu ergangenen Verordnungen des Wirtschaftsministeriums vom 28. März 1919 — Nr. 451 V G 1 — und vom 28. April 1919 — Nr. 974 V G 2 — (Nr. 74 und 97 der Sächs. Staatszeitung) auf Grund der Reichskanzlerbekanntmachung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. 4. 17. (R.G.B. S. 307), und der Bundesratsverordnung über die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. 9./4. 11. 1915/6. 7. 1916 (R.G.B. S. 607/728, 672) folgendes angeordnet:

I. Mit Rücksicht auf den Stand der Währung kann die Genehmigung zur Einfuhr von frischem Auslandsgemüse, -obst und Südfrüchten von den zuständigen Reichsbehörden nur in begrenztem Umfange und nur nach vorher eingeholter Voreingehmung des Landespreisausschusses (nicht mehr der Landesstelle für Gemüse und Obst) erteilt werden. Anträge sind beim Landespreisausschuss, Dresden-V., Parkstraße 7 (nicht bei den Reichsbehörden!) in doppelter Ausfertigung einzureichen. In dem Antrag muß angegeben sein Art, Menge und Wert der Ware, Zahlungsart, Herkunftsland, Name und Wohnort des ausländischen Verkäufers, Empfänger und Grenzübergangspunkt. Will der Gesuchsteller die Waren über verschiedene Grenzübergangspunkte beziehen, so hat er anzugeben, welche Mengen und in welchen Werten (in ausländischer Währung) diese über die verschiedenen Grenzübergangspunkte laufen sollen.

Das Landespreisausschuss erteilt die Voreingehmung nur für Händler, die als zuverlässig bekannt sind, entsprechende Geschäftsbeziehungen zum Auslande haben, über die erforderlichen Geldmittel verfügen und außerdem nachweisen, daß die Zahlungsbedingungen den von den Reichsbehörden jeweils aufgestellten Bestimmungen entsprechen.

Das Landespreisausschuss ist berechtigt, vor Erteilung der Voreingehmung Auskünfte über Antragsteller einzuholen und Nachweise von diesem zu verlangen. Das Landespreisausschuss teilt die Voreingehmung den zuständigen Reichsbehörden mit, die den Antragsteller unmittelbar endgültig beschließen.

Die Gültigkeit der von den Reichsbehörden erteilten Einfuhrgenehmigung ist auf die Dauer eines Monats beschränkt. Sie kann von den Reichsbehörden auf Antrag ausnahmsweise um einen weiteren Monat verlängert werden. Der Antrag ist beim Landespreisausschuss einzureichen und zu begründen. Die Einfuhrgenehmigung ist nicht übertragbar.

Bei Einreichung des Antrags auf Einfuhrgenehmigung ist von dem Gesuchsteller bei Gemüse und Obst bis auf weiteres ein Betrag in Höhe von 1/2 Proz. des beantragten Wertes der Einfuhr, bei Südfrüchten ein Betrag von 1 — je Klasse beim Landespreisausschuss zu hinterlegen. Von jeder Einfuhrgenehmigung wird eine Gebühr nach den angeführten Sätzen erhoben. Die Gebühr wird berechnet nach dem Betrag der erteilten Einfuhrgenehmigung. Bei Ablehnung oder teilweiser Ablehnung des Antrages auf Einfuhrgenehmigung wird der entsprechende Betrag, bei gänzlicher Nichtbewilligung der Einfuhrgenehmigung die Gebühr auf Antrag zurückgezahlt unter Abzug eines Unkostenaufsatzes von 10 Mark je Wagen.

Der Einfuhrhändler ist verpflichtet, den Wert der Ware in ausländischer Währung, bei Einfuhr von Teilmengen den Wert der Teilmengen auf dem Frachtbrief anzugeben.

II. Der Einfuhrende ist verpflichtet, alle von ihm durch Ermittlung des Landespreisausschusses eingeführte Ware ausschließlich im Freistaat Sachsen abzusetzen. Das Landespreisausschuss kann Ausnahmen hiervon bewilligen.

Der Einfuhrende ist verpflichtet, bei Südfrüchten dem Landespreisausschuss, bei Gemüse und Obst der für den Ort seiner Niederlassung zuständigen Preisprüfungsstelle oder dem vom Landespreisausschuss bestimmten Stellen die Einfuhr der Ware sofort bei deren Eingang am ersten sächsischen Bestimmungsart mitzutellen, und dabei auf Erfordern die Einfuhrkosten nachzuweisen. Das Landespreisausschuss oder die von ihm bestimmte Stelle ist berechtigt, dem Einfuhrender die Anweisung über die Art und den Preis des Weiterverkaufs zu erteilen, insbesondere bei dringendem örtlichen Bedarf den Absatz der Waren in bestimmten Kommunalverbänden oder an bestimmte Empfänger anzuordnen. Die Einfuhrenden und die Weiterverkäufer der Ware sind zur Einhaltung dieser Anweisungen verpflichtet.

III. Die Ueberwachung der getroffenen Anordnungen liegt den Kommunalverbänden und den Preisprüfungsstellen ob. Das Landespreisausschuss und die Kommunalverbände sind berechtigt und nach Befinden verpflichtet, aus Gründen der Ueberwachung anzuordnen, daß die Einfuhren nur in bestimmten Geschäften oder in bestimmten Geschäften nicht, oder daß sie nicht gleichzeitig mit Inlandsgemüse und -obst feilgehalten werden dürfen. Auslandsware ist beim Kleinverkauf in allen Fällen als solche deutlich zu kennzeichnen und mit deutlich erkennbaren Preistafeln zu versehen, deren Preise bei der Abgabe nicht überschritten werden dürfen.

IV. Zuwiderhandlungen werden nach den eingangs genannten Bestimmungen bestraft.

V. Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1920 in Kraft.

Dresden, am 24. Januar 1920.
Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt,
Landespreisausschuss.

Verfügung,

betreffend den Beirat der Landesstelle für Textilnotstandsversorgung.
Vom 24. Januar 1920.

I. Der von der Landesstelle für Textilnotstandsversorgung durch Bestellung des Wirtschaftsministeriums vom 24. Januar 1920 beigegebene Beirat setzt sich zusammen aus:

1. Vier Vertretern der Kommunalverbände, unter denen sich je ein Vertreter der großstädtischen, der mittelstädtischen und der ländlichen Kommunalverbände befinden muß;
2. dem Bevollmächtigten der Textilnotstandsversorgung G. m. b. H. in Berlin für Sachsen;
3. je einem Vertreter der sächsischen Reichskleiderläger und des Textil Einzelhandels;
4. einem Vertreter der versorgungsberechtigten Anstalten und Behörden;
5. einem Vertreter der Landwirtschaft;
6. einem Vertreter der versorgungsberechtigten friedenswichtigen Industriebetriebe; zu 5. und 6.; von diesen zwei Vertretern muß der eine ein Arbeitgebervertreter, der andere ein Arbeitnehmervertreter sein;
7. drei Vertretern der in Ziffer 4—6 nicht bereits aufgeführten Verbraucherkreise;
8. fünf Vertretern des beteiligten Bekleidungsgebietes, von denen je ein Vertreter der Oberkleiderfabrikation, der Wäscheherstellung, der Wollkonfektion, dem Schneider- und dem Schuhmachergewerbe angehören muß.

Die Mitglieder des Beirates werden vom Wirtschaftsministerium, Abteilung für Handel und Gewerbe, zu 4. auf Vorschlag des Ministeriums des Innern, IV. Abteilung, zu 5 auf Vorschlag des Wirtschaftsministeriums, V. Abteilung und zu 1., 3., 6—8 auf Vorschlag der Landesstelle für Textilnotstandsversorgung berufen.

II. Der Beirat hat die Landesstelle zu beraten.
Er ist zu diesem Zwecke, soweit dies nicht wegen der Dringlichkeit der Sache untunlich ist, zu hören.

1. zu Fragen von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung,
2. zu wichtigeren Beschwerden und Vorkäufen gegen Verfügungen oder sonstige Maßnahmen der Landesstelle.

III. Dem Beirat ist von Zeit zu Zeit über die Tätigkeit der Landesstelle Bericht zu erstatten.

IV. Der Beirat hat das Recht

- a) Anträge an die Landesstelle zu richten und im Falle ihrer Ablehnung die Weiterleitung an den Kommissar des Wirtschaftsministeriums zu verlangen;
- b) um Auskunft über einzelne Angelegenheiten im Geschäftsbereich der Landesstelle zu ersuchen.

V. Der Beirat wird vom Vorsitzenden zu den Sitzungen einberufen. Bei Fragen, die nur einzelne Gruppen oder Interessentenkreise betreffen, steht es dem Vorsitzenden frei, nur die Vertreter dieser Gruppen oder Kreise einzuberufen.

Wird von einem Viertel der Mitglieder der Beirat der Zusammensetzung beantragt, so hat der Vorsitzende den Beirat binnen 1 Woche einzuberufen.

VI. Der Kommissar des Wirtschaftsministeriums ist zu allen Sitzungen des Beirates einzuladen.

Er hat das Recht, die Beschlüsse und Maßnahmen des Beirates wegen Verletzung der Befehle oder wesentlicher öffentlicher Interessen zu beanstanden. Die Ausführung der beanstandeten Beschlüsse und Maßnahmen hat zu unterbleiben. Ueber die Aufrechterhaltung der Beanstandung entscheidet das Wirtschaftsministerium nach Anhörung der Landesstelle für Textilnotstandsversorgung.

Wird eine von dem Beirat getroffene oder beabsichtigte Maßnahme beanstandet, oder unterbleibt eine vom Kommissar zur Verhütung der Verletzung der Befehle oder wesentlicher öffentlicher Interessen verlangte Maßnahme, so kann das Wirtschaftsministerium, falls innerhalb angemessener Frist eine von ihm gebilligte Maßnahme nicht erfolgt, seinerseits entsprechende Maßnahmen treffen.

VII. Ueber die Verhandlungen des Beirates ist eine Niederschrift anzufertigen, in die insbesondere die Verhandlungszeit, die Verhandlungsgegenstände, wichtige Anträge, die gefaßten Beschlüsse und das Stimmverhältnis aufzunehmen sind, und die vom Vorsitzenden und vom Geschäftsführer zu unterzeichnen ist.

VIII. Der Beirat beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende hat bei der Beschlussfassung keine Stimme.

IX. Die Tätigkeit der Beiratsmitglieder ist ehrenamtlich. Der notwendige Reiseaufwand ist ihnen von denjenigen Fachgruppen bezw. Interessentenkreisen zu erstatten, die die Vorschläge für ihre Ernennung bei der Landesstelle eingereicht haben. Für die Vertreter der Kommunalverbände haben diese anteilig die Kosten zu erstatten. Die Erstattung der Kosten für den Vertreter der versorgungsberechtigten Anstalten und Behörden regelt das Wirtschaftsministerium des Innern, IV. Abteilung.

Wirtschaftsministerium,
für den Minister: Dr. Allen.

Sonntagsgedanken.

Von der „guten, alten Zeit“ ist jetzt vielfach die Rede. Früher hatte sie einen fast verächtlichen Beigeschmack. Mancher lächelte wohl oder lachte gar hell auf über die Sitten und Gewohnheiten, über die Verkehrsmittel und Wegeverbindungen, die damals üblich waren. Es hang uns wie ein Märchen, wenn in unsern Kindheitstagen von der Positivität, dem beschwerlichen, gefährlichen Reisen und ähnlichen sagenhaft Scheinenden und doch ganz wahren Begebenheiten von Großeltern auf der Ofenbank erzählt wird. Wir wollen heute nicht miteinander rechten, ob diese „alte Zeit“ nicht doch wieder gekommen ist, obwohl wir sie schon für abgetan hielten. Heute mal hat ab vor der „alten Zeit!“ Es war wirklich nicht die schlechteste. Und es wäre gar nichts Besseres zu wünschen, als daß unsere zerfallene, überfüllte, unzufriedene Zeit zurückkehrte und zwar schnellst zurückkehrte zum Vorbild der „guten, alten Zeit.“ Sie kann uns in vielem vorbildlich sein. Heute nur eins davon: Jos. 24, 15b: „Ich aber und mein Haus wollen dem Herrn dienen.“ Bis in die älteste Zeit geht das Vorbild zurück. In grauer Vorzeit versammelt Josua, Moses' Nachfolger, alle Stämme Israels und legt vor ihnen das mannhafte Bekenntnis ab: „Ich aber und mein Haus wollen dem Herrn dienen.“ Wo bleibt denn heute oft dieser schneidige Bekennermut. Im geheimen wird getadelt an der Zuchtlosigkeit der Jugend, öffentlich wird geklagt über das gottferne Treiben, ja, Loben weiter Volkstreu, aber die Hauptsache wird vergessen: Männer vor,

Frauen vor, alle die Häuser vor, die unentwegt trotz tosender Wellen zum Christentum stehen wie Felsen im Meer, wohin sich noch andere retten können, an denen sie einen Richtungs- und Führer haben. „Der Volkskirchliche Vatenbund für Sachsen“ ist ja ein erfreuliches, verheißungsvolles Unternehmen, das Ernst machen will mit diesem herrlichen Soliabekenntnis. Es muß aber jede Christenfamilie daheim arbeiten und ihrem Herrn dienen. Da sind Hausdachden, die warten deiner förmlich, vielleicht nie gekannte oder lang verlernte. Warte ihrer, du Hausvater, treu und rechtschaffen! Mancher in Gottes Reich hat sich zuerst gestraubt, als Gott ihm einen priesterlichen Beruf gab, und hat ihn dann doch übernommen mit viel Freude und reichlichem Segen. Da ist das Gebet, du Hausmutter. Für dich eine ersäufende Aufgabe. Zu deinen Hausfrauenjorgen gehört doch, denke ich, vor allem auch die Sorge für deiner Kinder Seele. Wenn der Körper jetzt auf halbe Kost gesetzt ist, die Seele braucht ihre ganze Ration, kann auch nichts volle Nahrung haben. Das Gebet gehört zur Tagesarbeit: „The „Anfang, Mittl' und Ende“ solls sein. Es gibt Kraft und Gelingen, Frieden und Freude. Es vereint in Liebe und Eintracht die Hausgenossen. Es schafft uns eine himmlische Heimstatt: „Bau' deinem Gott Widere in deiner Wohnung! Wenn sie noch so klein ist, Gott beansprucht nicht viel Platz. Wenn er nur im Herzen von dir und mir seinen Platz hat, einen hohen, den höchsten, einen festen, den festesten.“ Anleitungen zu häuslichem Unterricht“ sind schon erschienen, gar trefflich, weitere folgen. Vor allem folge dem Drang

deines Herzens, der inneren Gottesstimme, die dir sagt: „Ich aber und mein Haus wollen dem Herrn dienen!“ Dann schaffst du das Beste und zugleich das Beste.
W., Gr.-Ndt.

Hundertprozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer für den Zwischenetat.

Der Volksstammer ist eine Regierungsvorlage zugegangen, nach der für den 3. Termin des Rechnungsjahres 1919 (15. Februar 1920) ein besonderer Zuschlag von 100 % zur Einkommensteuer erhoben wird. Das Finanzministerium wird ermächtigt, über den Betrag von 600 Millionen Mark zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Finanzhauptkasse nach Bedarf weitere unverzinsliche Schatzanweisungen im Höchstbetrage von 300 Millionen Mark auszugeben.

Zur Begründung wird von der Regierung u. a. ausgeführt: „Der Zwischenplan schließt unter Berücksichtigung der im Nachtrag vorgesehenen Änderungen mit einem Gehalt von rund 29 Millionen Mark ab. Die Bewilligung der erhöhten Steuerzulagen für die Beamten und der Lohnsteigerungen für die Staatsarbeiter auf die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1920 erfordert weitere 73 Millionen Mark. Hierzu kommen die noch vor der Verrechnung der sächsischen Staatsleisendachn zweck Ausgleichung der Besoldungs- und Dienstverhältnisse der sächsischen Eisenbahnbeamten an die Besoldungs- und Dienstverhältnisse der preussischen Eisenbahnbeamten aufzuwen-

henden Beträge in Höhe von rund 1 Million Mark. Hiernach berechnet sich ein Fehlbetrag von insgesamt 103 Millionen Mark. Eine wenigstens teilweise Deckung dieses Fehlbetrages kann, da die Länder lediglich bis zum 31. März 1920 berechnigt sind, Einkommensteuern und dergleichen Steuern zu erheben, im Wege einer Erhöhung der für den 3. Termin des Rechnungsjahres 1919 zu entrichtenden Steuerbeträge erfolgen. Die Erhöhung dieser Steuerbeträge soll im Hinblick auf die Dringlichkeit der Erhebung und, um der Staatskasse die benötigten Mittel möglichst bald und jedenfalls noch vor dem 1. April 1920 zuzuführen, in einfachster Form durch Erhebung eines besonderen Zuschlages geschehen. Dieser Zuschlag muß auf wenigstens 100 v. H. bemessen werden. Auch in dieser Höhe reicht er zur vollen Deckung des Fehlbetrages bei weitem nicht aus, denn das Gesamtaufkommen für den 3. Termin des Rechnungsjahres 1919 berechnet sich mit dem 100%igen Zuschlag auf 137 500 000 Mark. Es bleibt also immer noch trotz der Erhebung des Zuschlages ein ungedeckter Betrag von 34 250 000 Mark. Um das Verfahren möglichst einfach zu gestalten, erschien es angezeigt, den besonderen Zuschlag auf die Einkommensteuer zu beschränken.

Die Staatsbedürfnisse sind namentlich infolge der Erhöhung der Steuererträge der Beamten und Arbeiter wider Erwarten so außergewöhnlich angewachsen, daß die dem Finanzministerium erteilte Genehmigung zur Ausgabe unverzinslicher Schatzanweisungen bis zum Höchstbetrage von 600 Millionen Mark, der schon jetzt fast erreicht ist, unzulänglich erscheint. Da auch nicht zu erwarten ist, daß die Steuerbeträge in vollem Umfange bis zum 31. März 1920 eingehend werden, läßt sich, wenn Störungen in der Auszahlung der Steuererträge und der sonstigen Staatsbedürfnisse nicht eintreten sollen, eine Erhöhung des Schatzanweisungskredits nicht umgehen. Mit dem Betrage von weiteren 300 Millionen Mark hofft das Finanzministerium die Ausgaben bis zum 31. März 1920 bestreiten zu können.

Was man drüben über uns denkt.

Man schreibt uns: Es ist jetzt das erste französische Buch erschienen, das sich mit dem heutigen Deutschland beschäftigt. Verfasser ist Dr. Ambroise Got, der sich schon vor dem Kriege viel in Deutschland aufgehalten und jetzt der französischen Militärmission zugeteilt ist. Das Buch betitelt sich „L'Allemagne apres la debacle“ und ist in der neuen „französischen“ Stadt Strazburg verlegt worden. Man muß es dem Verfasser einräumen, daß er sich bemüht hat, objektiv zu sein und nicht in die gewöhnlichen Fehler aller früher in Deutschland reisenden Franzosen verfallen ist. Das Buch ist ein Zeitdokument von besonderem Interesse, nicht bloß als Zeitdokument über Deutschland, sondern auch als Zeitdokument von der heutigen Denkart der Franzosen. Es ist ja schließlich menschlich begreiflich, wenn sich darin das Siegesbewußtsein oft, fast allzu oft wieder spiegelt. Mit sehr düsteren Farben schildert der Verfasser das „Apochen und Zuhälter-Viertel von Berlin Ost“ und sagt dann verallgemeinernd: „Wenn die Deutschen physisch krank sind, dann sind sie es noch viel mehr moralisch, sie haben die Unterscheidung zwischen Gut und Böse verloren, die Gewissen sind vom Wirbel hinweg gefegt.“ Es mag

mit unseren heutigen sittlichen Verhältnissen nicht allzu gut bestellt sein, das beklagt jeder ehrliche Deutsche selbst am meisten, aber vor der Fäulnis gewisser Volksschichten solche Verallgemeinerungen über die Moral eines ganzen Volkes abzuleiten, geht doch entschieden zu weit. Wir beurteilen doch auch das französische Volk nicht nach den Lastern der Apochen-Höllen des Montmartre. Viel Wahres sagt er über den heutigen Vergnügungskaliumel: „Es ist nicht Lebensfreude, was in den Vergnügungen des deutschen Völkchen leuchtet. Die Freude ist nur Fassade, dahinter steckt trübe Verzweiflung, die Ungewißheit der kommenden Tage, das Bedürfnis, seinen Nummer zu ersäufen, zu vergessen.“ Auch über die franz. Militärkommission weiß Dr. Got manches Interessante zu erzählen: „Der Chef, General Dupont, dem die nötigen Kredite vorenthalten wurden, half sich damit, daß er nach Paris schrieb, er werde die ganze Kommission nach Hause schicken und allein auf dem ihm angewiesenen Posten bleiben und sich die unumgänglichen Mittel damit beschaffen, daß er in französischer Generalsuniform unter den Linden Zigaretten verkaufe, er habe Aussicht auf gute Kundenschaft. Das wirkte. Weiter sagt der Verfasser: „Außer der französischen Kommission oder besser den französischen Kommissionen gibt es in Berlin eine britische, eine amerikanische, eine italienische, eine rumänische Kommission und andere, die ich vergesse. (Armes Deutschland, was mußt du alles bezahlen.) Die Polen sind durch ihren Generalkonsul vertreten, der den General Dupont mit beständigen Beschwerden belagert. Zwischen all diesen Kommissionen besteht kein Zusammenhang, sie kennen einander nicht im geringsten (!). Die Engländer gehen ihren kleinen Geschäften nach, ebenso die Italiener, während die Amerikaner weit-schweifende Unternehmungen ausführen. Was die Franzosen anbelangt, die Sieger, so wollen sie nur zeigen, daß sie es sind. Wir sind nach Berlin gekommen, unsere Steps zur Schau zu stellen.“ Ein Deutscher braucht den Worten des Franzosen nichts beizufügen! Auch mit der Revolution hat sich Got eingehend beschäftigt. Er ist in Verbindung mit allen, heute führenden Leuten getreten. Die Revolution ist seiner Meinung nach abgeschlossen. Er habe es unspränglich nicht geglaubt, aber er habe sich schließlich dazu bekehrt. Ob Mr. Got nicht doch noch einmal wird umlernen müssen? Ueber das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich schreibt er: „Ein Deutschland, das sich ausschließlich den Worten des Friedens widmet, das Schwert gegen das Werkzeu vertauscht, ein Deutschland, das seine alten geistigen Traditionen wieder aufnimmt, hat seinen Platz in Mitteleuropa gesichert. Mit einem solchen Deutschland auf allen Gebieten zusammen zu arbeiten, ist unser Wunsch. Allerdings muß dieses Deutschland erst bestehen und bevor es uns Pfänder seines guten Glaubens gibt, sollte es den Beweis seiner Existenz leisten.“ Dazu sei nur die Gegenfrage gestattet, wann Frankreich sich ausschließlich den Worten des Friedens widmet und sein doch sicher augenblicklich viel schärferes Schwert gegen die Werkzeuge des Friedens eintauschen wird. In deutschen Volke vermehrt der Verfasser die seelische Wandlung und schreibt diesem Zustande auch die Härte der Friedensbedingungen zu. Es ehrt Mr. Gots Streben nach Objektivität, daß er selbst die Friedensbedingungen hart findet. Andererseits ist es eine Frage, die noch zu untersuchen wäre, ob nicht gerade die harten Friedensbedingungen, die seelische Wandlung, die Mr. Got vermehrt, verhindert haben.

Zum Leben brauchst Du Brot und Kohle aus den Abstammungsgebieten.
Sib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postsparkonto Berlin 73776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schutzbund, Berlin NW 52

Kurbad Schillerstr. 213. Amt. f. Wannendäder, elektr. Licht, Dampf, Heißluft, sowie sämtl. Kur- u. med. Bäder, Massage. Tägl. geöffnet. Besitzer **Ph. Walterstein.**

Verein für Volksbildung.
Sonnabend, am 31. Januar 1/8 Reichsverfassung,
Montag, am 2. Februar 1/8 Wirtschaftsgeschichte, Mittwoch, am 4. Februar 1/8 Buchführung (Schule), Sonnabend, am 7. Februar 1/8 Reichsverfassung.

Kirchen-Nachrichten.
Pulsnig.
Sonntag, den 1. Februar.
7 Uhr Wichtige Versammlung Jungmänner-Verein Dorn: Fragebogen und Rundschreiben des Bundes und des Kreises. (Tea.) Fröhliche Gebetsgebeten.

Großnaundorf.
Sonntag, den 1. Februar 1920. Septuagesima.
9 Uhr Predigtgottesdienst (Joh. 24: 1, 2a, 14, 15) Kollekte für den ev. luth. Gotteskasten.
Dienstag, den 3. Februar 1920, 8 Uhr ab Jungfrauenverein im Pfarrhaus.
Trauung: Am 31. Januar Ernst Martin Rotte, Wirtschaftsgeselle, Lomitz (Amstsch, Dresden-Neustadt) und Ida Lina Reusch, Wirtschaftsgesellin, hier, Nr. 27.

Lichtenberg.
Sonntag, den 1. Februar 1920. Septuagesima.
9 Uhr Gottesdienst mit Predigt.
2. Konfirmanden- und Kindergottesdienst.
Freitag, den 6. Februar, 7 Uhr Sitzung des Ausschusses für Kriegshilfe.

Getauft: Martin Edwin, Sohn des Maurers Emil Edwin von Wolfersdorf hier. — Elsa Helene Hilde E. des Maurers und Hausbesizers Ernst Louis Gärtner, hier. — Joa Laife, E. des Maurers und Hausbesizers Ernst Edwin Mögel hier. — Walther Kurt, S. des Maurers Bruno Paul Herzig in Kleinbittmannsdorf.
Ausgeboren: Paul Richard Gersdorf, Wirtschaftsgeselle in Kleinbittmannsdorf, ledig, und Ida Amalie Großmann, Wirtschaftsgesellin in Großnaundorf ledig. — Bruno Max Krause, Eisenbahnwerkstättenarbeiter in Dresden-Cotta, ledig, und Martha Emma Schuster, Arbeiterin hier, ledig.
Getauft: Karl Heinrich Söhne, Wirtschaftsgeselle in Großbisdorf, ledig, und Martin Flora Gärtner, Wirtschaftsgesellin in Mittelbach, ledig.
Begraben: ein ungetaufter Knabe Kästner in Kleinbittmannsdorf, 22 Tage alt. — Else Hilene Großmann, 7 W. 8 E. alt, E. des Wirtschaftsbesizers Robert Edwin Großmann hier.

Oberlichtenau.
Sonntag, den 1. Februar 1920. Septuagesima.
9 Uhr Predigtgottesdienst.
11. Kindergottesdienst (2. Abt.)
Donnerstag, den 5. Febr., abends 8 Uhr Frauenverein.
Getauft: Marita Rosa, E. des Wirtschaftsbesizers und Fabrikarbeiters Franz Anno Gärtner, hier.

Obergersdorf.
Sonntag, den 1. Februar 1920. Septuagesima.
1/9 Uhr Berichte und heil. Abendmahl.
9. „wredigtgottesdienst.
1/2. „Katechismusunterredung.
8. „Vortrag in der Kirche: Himmel und Hölle.

Der Geiger vom Birkenhof.

Ein Heideroman von Erik Ganker.
(Nachdruck verboten.)

61] Gouldmann dämpfte seinen rasenden Zorn. Er begann, Heinz wie ein rohes Ei zu behandeln. Er ging mit ihm so zärtlich und besorgt um, wie mit einem kranken, verwöhnten Kinde. Er bat, flehte, er versprach das doppelte Honorar, das dreifache. „Nur wie sonst müssen Sie mir spielen,“ verlangte er als Entgelt. „Sie können's ja auch, lieber Herr Larsen. Wollen Sie, daß Ihr Stern so bald erlischt?“ „Heinz lächelte weh. „Mein Stern... ja, mein Stern.“

Der Stern, an den Gouldmann gedacht, schien wirklich im Verbleichen. In Breslau und Königsberg war es nicht anders als in Warschau: kühl-höfliche Ablehnung bei Publikum und Presse, schwache Besuche und geringe Einnahmen.

In Königsberg kam es zu einem erregten, stürmischen Austritt zwischen Gouldmann und Heinz. „Sie verursachen den Mißerfolg absichtlich,“ warf ihm der Imprefario vor. „Sie wollen von dem Kontrakt los. Sie beabsichtigen eine andere, für sie günstigere Verbindung einzugehen.“

Heinz verwahrte sich ganz entschieden dagegen. Er täte seine Schuldigkeit wie sonst, anders könne er nicht spielen.

Gouldmann blieb bei seinen Behauptungen. Böllig entzweit reisten sie nach Riga. Und hier kam es zu dem nicht mehr zu vermeidenden Bruch. Gouldmann trat von dem Vertrage zurück. Wir haben für den ersten Abend ein Defizit von rund neunhundert Mark,“ sagte er. „Also Schluß.“ Die Rechnung geht glatt auf. Sie bekommen nichts mehr, und ich habe nichts. Sie werden damit einverstanden sein, wenn wir uns trennen.“

Am nächsten Morgen reiste Heinz Larsen heim. Er

fand die Heide mit Hermelin verbrämt. Sie lag wie ein weiter, toter Garten.

12. Kapitel.

Stille, einsame Tage schlichen mit schleppendem, müdem Gange durch die largen Räume des Heidehauses. Gleich wesenlosen Gestalten glitten sie auf dem Strome der Zeit dahin. In ihren dunklen Augen war nie ein Lächeln, auch nicht das knappeste, bescheidenste. Ihre Hände lagen lasch, keines frischen Wollens fähig im Schoße. Und nie und nirgend ein heller, klarer Klang.

Die Heidebäuerin schien von der Heimkehr des Sohnes wenig berührt. Sie redete nicht davon, daß sie froh sei, weil sie mit ihm nun wieder ein Dach über den Häupten wisse, sie erhob auch nie Einwände gegen die gleich nach seinem Kommen geäußerte Absicht, das Heidehaus nie wieder verlassen zu wollen.

Ueberhaupt schienen Susanne Larsen und ihr Sohn das Sprechen verlernt zu haben. Selten nur kam es zu einer kurzen, largen Rede und Gegenrede. Und wenn das einmal geschah, erörterte man alltägliche, belanglose Dinge, die das graue, trübe Gleichmaß der Tage spannt.

Das ihre Seelen Bewegende, alles das, was die Geschehnisse der letzten Zeit ihnen gebracht, hüteten sie in Schweigen, als wäre eine Scheu in ihnen, darüber zu sprechen, oder als bedächten sie die Nutzlosigkeit jedes Wortes, das über Unabänderlichkeiten gesagt wird.

Aber in heimlicher, innerster Herzensstille redeten sie viel von alten Tagen.

Susanne Larsens Seele wußte eine schöne, fried-same Geschichte von dem Leben zweier Menschen. Vom blühenden, duftenden Junggarten grüner Liebe an, bis hin zum Auseinandergehen im Frühlicht eines herbftenden Tages. Wie gern man sie immer wieder hörte, diese Geschichte, obgleich man sie Wort für Wort kannte. Das mußte wohl sein, weil sie so gut war. Böse Dinge gab es gar nicht darin.

Daß sie zu früh zu einem Schluß gekommen, daran trug die andere Geschichte, die Susanne Larsens Seele noch zu erzählen wußte, Schuld. Wie lieblich und fein und zart war doch der Beginn auch dieser anderen Geschichte gewesen. Und wie herzlich hatte man sich über den Fortgang freuen können. Schließlich, ja, davon redete man am liebsten nicht.

Beide Geschichten sagten Susanne Larsen am Ende immer das eine: Es ist einsam um dich her.

Troßdem Heinz wieder daheim war, fühlte seine Mutter sich verlassen. Das Loslösen von dem Alten war zu schroff und unerwartet gekommen. Sie hing mit allen ihren Gedanken an der Vergangenheit. Es war ihr oft zu Sinn, als sei die Zeit weitergegangen und habe sie zurückgelassen. Und des Nachlaufens sei es des kurzen, schwindenden Tages wegen nicht mehr wert. Da blieb man schon lieber still am Wege sitzen und wartete auf den, der alle Müden und Zeitsatten mit sich in sein enges Haus nimmt.

Das Vermögen Heinz Larsens, dem Reden seiner Seele zu lauschen, war am helläugigsten dann, wenn er während des Zneinanderverschwimmens von Tag und Nacht in der schmalen Kammer, die einst Sabines Schlafraum gewesen, lauern konnte. Dort vernahm er alles so gewiß, als stünde einer neben ihm, der mit klarem, langsamem Sprechen berichtete. Bis zu jenem Tage hin, da er zornbebend beide Fäuste erhob und das Wort vom Haß gesprochen.

Danach tat seine Seele wohl eine Frage. Etwa: „Wie denkst du dir deine Zukunft?“ Oder: „Wie lange noch soll es währen, daß du gleich einem, der vom Leben nichts mehr zu erwarten hat, zwecklos und talentlos durch deine Tage gehst?“ Und wenn zur Antwort nichts weiter kam als ein mattes, laches Heben der Schultern oder ein finsternes Krausen der Stirn, dann meinte Heinz im verborgensten Winkel seines inneren Menschen eine verächtliche Stimme zu hören, die das Wort „Schwächling!“ sagte.

(Fortsetzung folgt.)

